



Zusammenfassung der Ergebnisse vom überparteilichen Runden Tisch der Frauen zum Thema:

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE): Traum oder Alptraum für Frauen? - Frauenpolitische Sichtweisen -

Wann: 22. November 2007, 13.00 - 17.00 Uhr

Wo: Deutscher Bundestag, Jakob-Kaiser Haus, Zimmer 2.732

von Pia Kaiser, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen, pia.s.kaiser@gmx.de

Ziele waren: Grundlegende Information über die Chancen und Risiken vom BGE aus frauenpolitischer Sicht.
Diskussion der wichtigsten Eckpunkte, die für oder gegen ein gendergerechtes BGE sprechen.
Diese Eckpunkte werden Wissenschaftlerinnen zur Ausarbeitung vorgelegt und bei der Nachfolgeveranstaltung als Diskussionsgrundlage dienen.

Teilnehmerinnen waren: Vertreterinnen der Fraktionen aus dem Deutschen Bundestag, der Jugendverbände der Parteien, von ver.di, attac, der Arbeiterwohlfahrt, dem Behindertenverband, vom Verband für Alleinerziehende Mütter und Väter, von Unternehmensberaterinnen, führenden Frauenorganisationen, Sozialen Verbänden und wissenschaftlichen Instituten (21 TN).

Referentinnen waren: Dr. Gisela Notz, Friedrich-Ebert-Stiftung

Birgit Zenker, Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und Sprecherin des Netzwerkes Grundeinkommen

Diskussionsergebnisse

Chancen und Voraussetzungen für ein geschlechtergerechtes BGE:

1. Wir sprechen von einem BGE wenn es **individuell (auch für Kinder)**, ohne Bedürftigkeitsprüfung und **ohne Zwang** zur Arbeit und **zusätzlich** zum Erwerbseinkommen gezahlt wird. Dafür würden staatliche Transfers wie BaföG, Kindergeld, Erziehungsgeld und alle Steuerbegünstigungen, **wegfallen**. Für **zusätzliche** Renten-, Arbeitslosen-, Pflege- und Unfallversicherungszahlungen könnten weitere solidarische Versicherungsmodelle entwickelt werden.
2. Eine **Teilhabesicherung** setzt ein BGE zwischen **800€– 1000€ plus individuellem Mehrbedarf** (Wohngeld, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen/altersbedingten Krankheiten), **plus Krankenversicherung** voraus, um nicht unter das heutige Hartz IV Niveau zu fallen.

3. Ein BGE muss eingebettet sein in einen **zusätzlichen staatlichen Ausbau der sozialen Dienstleistungen** (Betreuung von Familienangehörigen und verbesserte Familienhilfe für sog. „Problemfamilien“).
4. Ein BGE muss flankiert sein von einem **Mindestlohn** und einer **massiven Bildungsoffensive**, um allen die gleiche Chance zu gewährleisten an einem fairen Arbeitsmarkt teilnehmen zu können. Bei der Vermittlung von erwerbsarbeitsuchenden Menschen müsste schon heute mehr auf deren Stärken und nicht auf deren Schwächen eingegangen werden.
5. **Equal Pay Strategien** müssen zusätzlich zum BGE verstärkt verfolgt werden.
6. Das BGE setzt auf eine **immense Umverteilung von reich zu arm** und damit auf eine gerechtere Einkommensverteilung.
7. Das BGE ist ein Instrument **mehr Freiheit** zu ermöglichen, bezahlte und unbezahlte Arbeit umzuverteilen, die Gesellschaft neu zu gestalten und sich persönlich zu entwickeln.
8. Das BGE macht die gigantische Masse an gesellschaftserhaltender **unbezahlter Arbeit sichtbar**.
9. EhepartnerInnen wären weniger finanziell von einander abhängig (**keine Bedarfsgemeinschaften** mehr).
10. Der „Druck“ auf Väter Vollzeit zu arbeiten würde niedriger. Es würden **mehr Teilzeitstellen** entstehen. Die Rollenverteilung zwischen Eltern könnte dadurch geschlechtergerechter werden.
11. Die hohe (mehrheitlich weibliche) „**verdeckte**“ **Armut würde abgeschafft**.
12. Es gäbe **keine „working poor“** mehr.
13. Mit dem BGE ginge ein starker **Bürokratieabbau** einher. Die heutige Praxis der Bedürftigkeitsprüfung und der Zwang jede Arbeit anzunehmen ist weder vom bürokratischen Aufwand her noch aus menschlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt. Der Andrang auf 1 Euro Jobs und Ehrenamt belegt, dass Zwang nicht notwendig ist.
14. **Jede Erwerbsarbeit**, auch die im niedrigen und mittleren Lohnbereich, **würde sich lohnen** - im Gegensatz zu heute.
15. Das BGE ist eine Chance für KleinunternehmerInnen (BGE als **Existenzgründungszuschuss**)
16. Das BGE würde eine sehr viel **höhere Steuer- und Finanztransparenz** bedeuten.
17. Die **gesamtgesellschaftliche Kaufkraft** würde breiter verteilt (mehr Konsumgüter, weniger Luxusgüter).
18. Das BGE könnte zu einem stärkeren **sozialer Frieden** führen.

Befürchtungen und Risiken:

1. Der Staat würde sich immer mehr von seiner **Verantwortung** (Bildung, Betreuung/Pflege von Familienangehörigen, gleicher Zugang zum Arbeitsmarkt) verabschieden.
2. BGE würde **Armut nicht abschaffen**, sondern würde sie nur auf eine höhere finanzielle Ebene stellen.
3. Wenn Verzicht auf ein **Erwerbsleben** alimentiert würde, würden sich viele **zurückziehen**. Frauen würden mehr Hausarbeit übernehmen als das heute der Fall ist. Mütter würden noch mehr von ihren Ehemännern abhängig als sie das heute schon sind.
4. Wegen der hohen Besteuerung allen Einkommens (bis zu 50%) gäbe es **weniger Anreiz viel Geld zu verdienen**. Damit wäre dem BGE die Grundlage entzogen.

5. Große Gefahr, dass mehr Menschen als heute das ihnen überlassene Einkommen „**missbrauchen**“ würden.
6. Falls Kinder in voller Höhe wie Erwachsene BGE erhalten, könnte ein Anreiz entstehen auch **ohne Erwerbsarbeit Familien** zu **gründen** (z.B. 6 X 800€ = 4800€ Familiennettoeinkommen ohne Erwerbsarbeit).
7. Solange geschlechtsspezifische Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und schlechte Betreuungsmöglichkeiten vorherrschen, werden **Frauen weiterhin ärmer sein als Männer**.
8. Bei Mehrbedarf müssten weiterhin Einzelfälle geprüft werden (**Bürokratie**). Hier müsste das Personal besser geschult und kontrolliert werden, damit die Gefahr der Gängelung abnimmt.
9. Ohne Mindestlohn würde das BGE zu einem **Lohndumping** führen.

Offene Fragen:

1. Wie wäre ein solches geschlechtersensibles BGE (800€ – 1000€) plus Krankenversicherung und individuellem Mehrbedarf sowie flankierenden Maßnahmen (Ausbau der sozialen Dienstleistungen und Bildungsoffensive) **finanzierbar**? Zu welchen Kosten?
2. Inwiefern wäre ein BGE gut bzw. schlecht für die Wirtschaft? Welche **volkswirtschaftlichen Effekte** und **Nebeneffekte** hätte ein solches BGE? Gäbe es mehr Fluidität auf dem Arbeitsmarkt?
3. Würde es bezahlte bzw. **ehrenamtliche Arbeitsplätze** schaffen bzw. vernichten? Falls ja, welche?
4. Würden mehr Menschen als heute das soziale System bewusst **ausnutzen**?
5. Welche Gesellschaftsgruppen müssten im Vergleich zu heute stark **dazu zahlen**?
6. Welche Gesellschaftsgruppen würden am meisten **profitieren**?
7. Wäre der **Anreiz für Frauen** trotz betreuungsbedürftigen Familienangehörigen einer Erwerbsarbeit nachzugehen höher oder niedriger als heute?
8. Wie würde sich ein BGE, wie oben beschrieben, auf **Schwarzarbeit, Kapitalflucht und Lohndumping** auswirken?
9. Wie sind **MigrantInnen** abgesichert?

Kurze Bemerkungen zum möglichen Umgang mit Bedenken gegenüber dem Grundeinkommen (von Katja Kipping und Ronald Blaschke, Januar 2008)

Die "Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen" (ÜPFI) und das "Netzwerk Grundeinkommen" veranstalteten am 22. November 2007 von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr im Deutschen Bundestag einen Runden Tisch zum Thema: "Das Bedingungslose Grundeinkommen - Traum oder Alptraum für Frauen?". Organisiert wurde der Runde Tisch von Dr. Pia Kaiser (ÜPFI) und Katja Kipping, MdB, Sprecherin des Netzwerkes Grundeinkommen. Ein Eingangsreferat hielt Birgit Zenker, Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung und Sprecherin des Netzwerkes Grundeinkommen, ein weiteres Dr. Gisela Notz.

Es nahmen am Runden Tisch 21 Frauen aus Bundesverbänden, Initiativen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik teil.

Neben vielen grundsätzlichen Zustimmung zu dem BGE wurden von einigen TeilnehmerInnen auch Befürchtungen aus spezifisch frauenpolitischer Perspektive artikuliert. Diese sollen hier kurz und knapp aufgelistet werden:

1. Ein Grundeinkommen kann generell zum Sozialabbau führen.¹
2. Ein Grundeinkommen deckt mglw. nicht Bedarfe in besonderen Lebenslagen ab (Schwangerschaft, Alleinerziehung, chronisch Krankheit etc.).
3. Ein Grundeinkommen bewirkt nicht die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt (Lohn, Arbeitsbedingungen, Zugang zu allen Berufen und allen Hierarchieebenen)
4. Ein Grundeinkommen kann politisch als "Herdprämie"² benutzt werden.
5. Damit verbunden: Die Grundeinkommensdebatte rückt die Debatte um die gleiche Verteilung von Sorge- bzw. sozialer Reproduktionsarbeit in den Hintergrund.
6. Damit verbunden: Über der Finanzierung des Grundeinkommens kann die Finanzierung der sozialen Infrastruktur (Kindertagesstätten, Bildung usw.) aus dem Blick verloren werden.

Folgender Umgang mit diesen Befürchtungen ist möglich:

1. Das Grundeinkommen muss von der Höhe her und vom Verhältnis zu anderen sozialen Sicherungssystemen so ausgestaltet werden, dass eine Verbesserung der sozialen Absicherung aller Menschen bewirkt, nicht eine Verschlechterung. Dazu gehört auch, dass mögliche Mehrbedarfe in besonderen Lebenslagen über gesonderte Sozialsysteme abgesichert werden.

¹ Zum Beispiel, wenn es nicht den Kriterien des Netzwerkes Grundeinkommen entspricht. Ein Kriterium für ein Grundeinkommen, was diesen Namen verdient, ist: Das Grundeinkommen muss die Existenz und Teilhabe sichern.

² "Herdprämie" ist übrigens das Unwort des Jahres 2007, weil es Eltern, insbesondere Frauen, die ihre Kinder zu Hause erziehen, anstatt einen Krippenplatz in Anspruch zu nehmen, diffamiert – so die Begründung der geschlechterparitätisch besetzten Kommission, die das "Unwort des Jahres" ermittelt.

2. Das Grundeinkommenskonzept muss inhaltlich und finanziell mit einer Verbesserung (Ausbau, Demokratisierung) der sozialen Infrastruktur, insbesondere im Bereich Kindertagesstätten, Bildung, Beratung verbunden werden.
3. Eine Einführung eines Grundeinkommen, welches selbst einen Arbeitszeitverkürzungs- und Mindestlohneffekt hat, muss von weiteren Arbeitszeit- und Lohnpolitiken begleitet werden, die für alle Geschlechter den weitgehend selbstbestimmten Zugang zur Arbeit und die selbstbestimmte Wahl und Gestaltung der Arbeitszeiten ermöglichen und eine gleiche und ausreichende Bezahlung für die gleiche Arbeit garantiert.
4. Es bedarf eines weiteren kulturellen und politischen Kampfes a) für die gleichen Möglichkeiten für Frauen in Beruf und Arbeitswelt, b) für die gerechtere Verteilung von Sorge- bzw. sozialer Reproduktionsarbeit und c) für gleiche Möglichkeiten von Frauen im bürgerschaftlichen Engagement.

Der Punkt 1 und 2 ist in Grundeinkommenskonzepten (Ausgestaltung und Finanzierung) unmittelbar einzubauen. Die Punkte 3 und 4 sind Bestandteile der Einbettung eines Grundeinkommenskonzeptes in eine emanzipatorische Arbeits- und Sozialpolitik, die allerdings eine normative und kulturelle Fixierung auf die Lohn-/Erwerbsarbeit überwindet.